

André Kistner

Die Destruktion der Gesellschaftstheorie: Ernesto Laclaus und Chantal

Mouffes Versuch einer nicht-essentialistischen politischen Philosophie

Zusammenfassung: Das Buch *Hegemony and Socialist Strategy* ist von entscheidender Wichtigkeit, wenn man die Wende linker Theorieproduktion zum Postmodernismus verstehen will. Sie weisen dort die These des klassischen Marxismus, dass die objektive gesellschaftliche Entwicklung auf eine politische Veränderung der Gesellschaft zum Sozialismus hindränge, unter Bezugnahme auf eine linguistisch inspirierte Theorie des Politischen im Allgemeinen zurück. In diesem Zusammenhang eliminieren sie jedoch zugleich den Begriff der Gesellschaft als Gegenstand theoretischer Analyse und Kritik. An dessen Stelle tritt die Vielfalt der politischen Kämpfe um Hegemonie, die aber theoretisch weder begriffen noch bewertet werden können. Insofern ist der postmoderne Antiökonomismus Teil der modernen demokratischen Legitimationsideologie und von geringem theoretischen Wert.

Schlüsselwörter: Gesellschaftliche Reproduktion, Ideologie, Produktionsverhältnisse, Essentialismus, Macht / Herrschaft

Abstract: The book *Hegemony and Socialist Strategy* is of crucial importance if one wants to understand the turn of left theory production to postmodernism. There they reject the thesis of classical Marxism, that political change of society to socialism is based on an objective social development, with reference to a linguistically inspired theory of the political in general. In this context, however, they also eliminate the concept of society as an object of theoretical analysis and critique. In its place, the variety of political struggles is about hegemony, which, however, can neither be understood nor evaluated in theoretical terms. In this respect, postmodern anti-economism is part of the modern democratic legitimation ideology and of little theoretical value.

Keywords: Social Reproduction, Ideology, Relations of Production, Essentialism, Power / Domination

Es ist inzwischen zu einer handfesten Selbstverständlichkeit einer weitgehend von postmodernen Theorien beeinflussten akademischen Linken geworden, sich von jeglichem Ökonomismus, Determinismus und Essentialismus zu distanzieren, noch bevor man sich über die konkrete Bedeutung solcher zu Signalworten herabgesunkenen Phrasen verständigen könnte. Zweierlei wird durch solche Bekenntnisse erreicht: Zum einen kann der betreffende Autor sich damit bescheinigen, dass er auf dem neuesten Stand der Diskussion ist, zum anderen kann er als Linker noch einmal guten Gewissens bestätigen, dass der alte Marxismus, der – in welcher Spielart auch immer – bis in die Achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts die

wichtigste Referenz für die linke Theoriebildung darstellte, für erledigt gilt. Dieser hat sich ja nicht nur durch den Untergang der sozialistischen Staatengemeinschaft, sondern vor allem auch durch seine Kompatibilität mit diesen diktatorischen Regimen kompromittiert. Mit solchem un- oder antidogmatischen Gestus kann dann auch der eigene Respekt gegenüber der Pluralität der postmodernen Lebensentwürfe bekundet und sogleich der angeblichen Komplexität und Asymmetrie der gegenwärtigen Machtverhältnisse Rechnung getragen werden. Doch das Bekenntnis zum Antiessentialismus ist selber zum Dogma geworden: Nur selten kann von den betreffenden Autoren selbst noch nachvollzogen werden, gegen was sich die postmoderne Kritik einst richtete, in welchem theoretischen Ebenen- und Perspektivenwechsel sie ihre Voraussetzungen besitzt und von welchen politischen und moralischen Prinzipien dieser Wechsel eigentlich getragen ist.

Es soll die Aufgabe des vorliegenden Textes sein, diese Verschiebung anhand des Buches *Hegemony and Socialist Strategy* von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe noch einmal zu verfolgen. Das Buch kann deswegen als paradigmatisch gelten, da es eine elaborierte Auseinandersetzung mit den prominentesten Positionen des klassischen Marxismus beinhaltet, die aus der Perspektive einer radikalen Theorie des Politischen entfaltet wird und in einer grundsätzlichen Kritik dieser angeblich essentialistischen Gesellschaftskonzeptionen mündet. In ihm kann der Wechsel vom Marxismus zur Postmoderne innerhalb der Linken noch einmal entlang der entsprechenden Argumentation – gewissermaßen in der Nahaufnahme – dargestellt und kritisiert werden. Denn vor allem geht es im Folgenden natürlich um die Kritik des postmodernen Denkens. Es soll gezeigt werden, inwiefern die durchaus berechtigte Kritik von Laclau und Mouffe an dem traditionellen Marxismus selber fehlgeht und dabei nicht nur den Begriff der *Klasse*, sondern auch den der *Gesellschaft* und damit, wie sich zeigen wird, zugleich eine wichtige Dimension theoretischer Erkenntnis in politischer Absicht eliminiert. Es kann schon vorab verraten werden, dass die hiesige Kritik an Laclau und Mouffe – als herausragenden Vertretern postmoderner Theorieproduktion – aus einer Perspektive erfolgt, die sie in ihrem Buch gerade zurückweisen möchten, nämlich der Perspektive einer kritischen Theorie der Gesellschaft, die in den zeitgenössischen Debatten am liebsten vermieden wird. Ob solch ein Unterfangen sinnvoll ist und gelingen kann, kann sich nur im Ergebnis der hier entwickelten Argumentation zeigen. Der Aufsatz fokussiert sich hierbei auf das Kapitel *Das letzte Bollwerk des Essentialismus: die Ökonomie*, denn in ihm wird, wie der Titel schon verrät, die marxistische These vom Primat der Ökonomie mithilfe von drei miteinander zusammenhängenden Argumenten als Kern des essentialistischen

Gesellschaftsverständnisses entwickelt und verworfen, um damit ihrem politologischen Konzept von Hegemonie die Bahn zu bereiten.

Vorab ist es noch einmal wichtig daran zu erinnern, dass sich Laclau und Mouffe auf einen Marxismus beziehen, der hier wahlweise als klassisch oder traditionell bezeichnet worden ist. Damit ist vorwiegend ein Marxismus gemeint, wie er sich in den theoretischen Debatten der Zweiten und Dritten Internationale der Arbeiterbewegung entwickelte. Die wichtigste Grundlage dieser Debatte bildete die Vorstellung, dass das Subjekt der gesamtgesellschaftlichen und allgemeinmenschlichen Emanzipation das Proletariat bilde, das aufgrund seiner ökonomischen gesellschaftlichen Stellung, nämlich die Agenten der gesamtgesellschaftlichen Reichtumsproduktion zu bilden, historisch dazu berufen sei, diese Produktion auf dem Niveau des von dem Kapitalismus geschaffenen globalen Produktionszusammenhangs – auf dem Stand der Produktivkräfte – in die eigene Regie zu nehmen und damit die Funktion und die Notwendigkeit der übrigen Gesellschaftsklassen überflüssig zu machen. Heftig gestritten hat man allerdings darüber, wie und unter welchen Bedingungen dieses Ziel einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft zu erreichen sei. Ob nun auf dem Wege der parlamentarischen Machtergreifung und schrittweise durchgeführter staatlicher Reformen wie bei Eduard Bernstein oder teilweise auch bei Karl Kautsky oder auf dem Wege einer Welle von proletarischen Revolutionen wie bei Rosa Luxemburg und W.I. Lenin; ob die Revolution nun durchgeführt werden sollte mithilfe von Massenstreik und Massenaktion im Zuge gesellschaftlicher Krisen wie bei Luxemburg oder mittels einer Avantgarde-Partei von Berufsrevolutionären, die zunächst die Macht im Staat ergreift, wie dann bei Lenin, oder mithilfe von partiellen Klassenbündnissen und hegemonialen Kämpfen innerhalb der öffentlichen und kulturellen Institutionen der Zivilgesellschaft, wie es Antonio Gramsci entwickelte: Immer blieben die Debatten – so sehr sie auch von stichhaltigen und ernstzunehmenden klassenanalytischen und gesellschaftstheoretischen Erörterungen begleitet waren – um die Fragen der gesellschaftlichen Rolle des Proletariats, seiner politischen Organisation und politischen Strategie zentriert. Laclau und Mouffe können in den ersten Kapiteln ihres Buches den inneren Zusammenhang dieser Debatten durchaus treffend darstellen, auch wenn sie diese Debatten oft nur, ihrem eigenen Programm entsprechend, auf der Ebene miteinander konfligierender strategischer Rhetoriken nachvollziehen. Jedenfalls ist ihnen soweit zuzustimmen, dass alle an der Debatte Beteiligten das Proletariat aufgrund seiner ökonomischen Stellung als Subjekt der allgemeinen Emanzipation privilegieren und dieses

durch die ökonomische Position an sich gegebene Privileg in Beziehung zu seiner politischen „Artikulation“ (Laclau/Mouffe 2012, S. 141) gesetzt wird.

Nach Laclau und Mouffe muss die Ökonomie drei Bedingungen erfüllen, damit sie diese essentialistisch-determinierende Funktion für die politische Privilegierung des Proletariats übernehmen kann. Erstens müsse die Ökonomie auf endogenen Gesetzen beruhen, d.h. sie wird ausschließlich durch ihre eigene Logik determiniert. Zweitens müsse diese Eigenlogik eine homogenisierende Wirkung auf die „sozialen Agenten“ der Ökonomie haben; sie sind also durch ihre ökonomische Stellung in der gleichen Position. Drittens müssten wiederum diese Agenten durch ihre gleiche Position homogene politische Interessen entfalten, die zugleich „historische Interessen“ sind (Laclau/Mouffe 2012, S. 113). Es ist wichtig dabei festzuhalten, dass Laclau und Mouffe auf dieser Ebene zunächst einmal die allgemeinen Bedingungen der Möglichkeit einer essentialistischen Argumentation anzugeben scheinen, denen nun die „drei Grundthesen der klassischen marxistischen Theorie“ (Laclau/Mouffe 2012, S. 114) entsprechen. Auf diese Differenz wird im Laufe des Textes noch eingegangen werden, doch zunächst zu den drei Grundthesen, die den drei Voraussetzungen des Essentialismus zugeordnet werden können. Diesen korrespondiert erstens die These von der „Neutralität der Produktivkräfte“ zweitens die These von „der wachsenden Homogenisierung und Verelendung der Arbeiterklasse“ und drittens die These, dass die Arbeiterklasse ein „fundamentales Interesse am Sozialismus“ habe (Laclau/Mouffe 2012, S. 114).

Zunächst zur ersten These, welche die Neutralität der Produktivkräfte betrifft. Es sei nach Laclau und Mouffe eine genuine Annahme des klassischen Marxismus gewesen, die Entwicklung der Produktivkräfte getrennt von den kapitalistischen Produktionsverhältnissen und zu diesen in widersprüchlicher Beziehung zu denken. Die Produktionsverhältnisse würden zwar einerseits die Produktivkräfte entwickeln und damit eine wichtige Voraussetzung für den Sozialismus schaffen, andererseits aber auch den „Fortschritt dieser Produktivkräfte“ (Laclau/Mouffe 2012, S. 115) hemmen. Mit den Produktivkräften sei jedenfalls ein sinnvolles und „rationales Substrat“ (Laclau/Mouffe 2012, S. 115) der Geschichte gegeben. Die Arbeiter hätten demnach einfach nur noch die Aufgabe, sich diese rationalen und neutralen Kräfte anzueignen und sie von den Fesseln der aktuellen Verhältnisse zu befreien. Um die Neutralitätsthese aufrechtzuerhalten, habe der Marxismus „Zuflucht“ zu der „Fiktion“ von der Arbeitskraft als Ware nehmen müssen (Laclau/Mouffe 2012, S. 115). Die Arbeitskraft selbst musste der Logik der Ökonomie unterworfen werden, um sicherzustellen, dass der Produktionsprozess nur durch sich selbst determiniert werde. Der Marxismus habe dabei die Arbeitskraft wie eine Ware unter allen anderen Waren behandeln

müssen, wobei er die Gebrauchswerteigenschaften jener Ware schlichtweg durch ihre Fähigkeit arbeiten zu können bestimmte. Damit habe der Marxismus jedoch unterschlagen, dass „der Kapitalist mehr tun muß, als sie einfach nur zu kaufen: er muß sie auch dazu bringen zu arbeiten“ (Laclau/Mouffe 2012, S. 115). Ihre Gebrauchswerteigenschaft muss der Arbeitskraft in einer Reihe von Anwendungstechniken im Produktionsprozess abgezwungen werden. Unter Berufung auf die Untersuchungen von Sam Bowles und Herbert Gintis sowie auf die arbeitskritischen Perspektiven des italienischen Operaismus zeigen Laclau und Mouffe, dass die Gestaltung des Arbeitsprozesses innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise nicht nur eine „Technik der Produktion“, sondern ebenso eine „Technik der Herrschaft“ ist (Laclau/Mouffe 2012, S. 116). Dabei machen sie darauf aufmerksam, dass die Organisation des Arbeitsprozesses durch das Kapital nicht nur darauf ausgerichtet ist die Arbeitskraft maximal effizient auszubeuten, sondern auch die Widerstands- und Kampfkraft der Arbeiter innerhalb des Betriebs wie betriebsübergreifend zu brechen bestrebt ist. Den Produktivkräften selbst sei also eine „Herrschaftslogik“ (Laclau/Mouffe 2012, S. 116) eingeschrieben und die Entwicklung der Produktivkräfte Resultat eines „Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen“ (Zit. n. Laclau/Mouffe 2012, S. 118). Damit können Laclau und Mouffe schon innerhalb der ersten These nachweisen, dass der „Raum der Ökonomie selbst als ein politischer Raum strukturiert ist“ (Laclau/Mouffe 2012, S. 114).

Dass die Produktivkräfte keine neutralen technischen Mittel sind, die man nach beliebigen Zwecke anwenden könne, sondern auf die effiziente Ausbeutung der Arbeitskraft ausgerichtet sind und zugleich auch die Funktion besitzen, die einzelnen Arbeitskräfte zu disziplinieren, räumlich zu isolieren und zu zersplittern, dass also die Produktivkräfte durch die Produktionsverhältnisse determiniert werden und nicht in einem äußeren Widerspruch zu ihnen stehen, lässt sich nicht bestreiten. Tatsächlich ist es eine weit verbreitete Illusion, dass Technologien völlig losgelöst von ihrer realen gesellschaftlichen Anwendung betrachtet und thematisiert werden können. Hier muss jedoch die Frage geklärt werden, ob der Vorwurf von Laclau und Mouffe, Marx und der Marxismus teilten diese Illusion, ja hätten sie sogar befördert, zutrifft. Was zunächst Karl Marx betrifft, so ist daran zu erinnern, dass das gesamte Kapitel über die „Produktion des relativen Mehrwerts“ im *Kapital* ausführlich darlegt, wie durch die Revolutionierung der Produktionstechniken die Arbeiter fortschreitend dem Verwertungsprozess des Kapitals untergeordnet und zu deren „Anhängsel“ (Marx 2005, S. 445) werden, um auch die Widerstandskraft der Arbeiter zu brechen. So schreibt Marx:

Die technische Unterordnung des Arbeiters unter den gleichförmigen Gang des Arbeitsmittels und die eigentümliche Zusammensetzung des Arbeitskörpers aus Individuen beider Geschlechter und verschiedenster Altersstufen schaffen eine kasernenmäßige Disziplin, die sich zum vollständigen Fabrikregime ausbildet und die schon früher erwähnte Arbeiter in Handwerker und Arbeitsaufseher, in gemeine Industriesoldaten und Industrieunteroffiziere, völlig entwickelt. (Marx 2005, S. 446f.)

Marx spricht im ganzen *Kapital* immer wieder von der „Autokratie“ des Kapitals, der „Kommandogewalt“ des Kapitalisten und dem „despotischen“ Charakter des Fabriksystems. Diese politischen Begriffe sind keine Metaphern, sondern sollen deutlich machen, dass durch die Ökonomie *Herrschaft* ausgeübt wird. Gerade der Begriff der Herrschaft, der doch das Zentrum einer jeden politischen Theorie bilden sollte, wird von vielen postmarxistischen und poststrukturalistischen Theorien oft auffällig unterschlagen. Sie bevorzugen den Machtbegriff, auch darauf wird noch einmal zu kommen sein. Doch zuvor sollte in Erinnerung gerufen werden, dass die Kritik der kapitalistischen Verhältnisse, wie sie zumindest von Marx ins Auge gefasst worden ist, eine Kritik der *politischen* Ökonomie ist, d.h. nicht nur, dass die Reproduktion der kapitalistischen Produktionsverhältnisse notwendig von bestimmten Staatsfunktionen abhängig ist, sondern die Produktionsweise selber eine Herrschaftsweise ist, wobei natürlich die Produktivkräfte als deren Elemente dieser Art und Weise zu produzieren eingepasst sind. Unter Berufung auf diesen notwendigen Zusammenhang haben daher nach dem Zweiten Weltkrieg nahezu parallel, aber unabhängig voneinander sowohl die strukturalen Marxisten in Frankreich (vgl. Althusser 2012, S. 56 – 78), als auch die Vertreter der Kritischen Theorie (vgl. Adorno 2003, 365ff.) in der Bundesrepublik die Determiniertheit der Produktivkräfte durch die Produktionsverhältnisse hervorgehoben, um die tatsächlich im Marxismus weit verbreitete Illusion von der Neutralität der Produktivkräfte zurückzuweisen. Dies geschah allerdings auf der Grundlage der von Marx entwickelten gesellschaftstheoretischen Begriffe, deren Anspruch es war, reale gesellschaftliche Beziehungen zu fassen. Bei Laclau und Mouffe wird diese Beziehung dann so gedacht, dass die Arbeiter und die Produktionsmittel strukturierte „Elemente“ sind, die als Teil einer strategisch-politischen „Artikulation“ zu „Momenten“ eines Diskurses, schließlich zu einer „diskursiven Formation“ (Laclau/Mouffe 2012, S. 141) „zusammengenäht“¹ werden,

¹ Das „Nähen“ ist ein zentraler Begriff in ihrem Buch und bezeichnet den unmöglichen Versuch eine symbolische Ordnung vollständig zu schließen, den ursprünglichen Mangel einer Ordnung und der Subjekte, die sie produziert zu füllen. Vgl. auch die Fußnote zur Naht (Laclau / Mouffe 2012, S. 246f.).

wobei analog zu dem linguistischen Formalismus Saussures² die Elemente an sich selbst keine Identität besitzen, sondern nur als Elemente durch ihren Momentcharakter innerhalb des Diskurses als solche positioniert werden und „die Transformation der Elemente in Momente niemals abgeschlossen ist“ (Laclau/Mouffe 2012, S. 143). Das soll heißen: Es gibt keine vom Diskurs unabhängige objektive Realität und die Behauptung einer eigenständigen ökonomischen Sphäre und eines neutralen Charakters der Produktivkräfte ist eine hegemoniale politische Strategie.

Was der auf die Erkenntnis bezogene Zugewinn davon ist, diesen konkreten gesellschaftstheoretischen Sachverhalt noch einmal auf eine höhere Abstraktionsebene einer politischen Linguistik zu übersetzen, bleibt schleierhaft. Es zeigt sich jetzt schon, dass es auch gar nicht wirklich um Erkenntnisgewinn geht, sondern lediglich darum, alles für politisch zu erklären. Mit dieser Verschiebung wird es jedenfalls unmöglich einige für die kapitalistische Produktionsweise ganz spezifische Eigentümlichkeiten zu begreifen. Denn tatsächlich gibt es neben dem Zwang des Kapitals, die Arbeitskräfte zu disziplinieren, auch den rein ökonomischen Zwang, der zur Revolutionierung der Produktivkräfte nötigt: die Konkurrenz der Einzelkapitale. Marx hat im *Kapital* ganz eindrücklich gezeigt, dass es für die Einzelkapitale zwei Möglichkeiten gibt, die Rate des von der Arbeitskraft geschaffenen Mehrwerts, als Quelle des Profits, zu erhöhen. Zum einen durch die Ausdehnung der Arbeitszeit (absoluter Mehrwert), was aber seine Grenze findet an der natürlichen Länge eines Tages, der physischen Belastbarkeit der Arbeitskraft sowie an den sozialen Standards, die in der jeweiligen Gesellschaftsformation durch die Arbeiter politisch erkämpft worden sind (Marx 2005, S. 245 – 320). Zum anderen durch die Revolutionierung der Produktionstechniken (relativer Mehrwert), die es dem Einzelkapital erlaubt, eine größere Masse von Waren in derselben Zeit zu produzieren und damit eine größere Masse von Waren billiger und schneller als der jeweilige Konkurrent abzusetzen, wodurch es einen höheren Gewinn einstreicht. Diese Dynamik zwingt die Konkurrenten dazu, ebenfalls ihre Produktionstechniken zu revolutionieren, was gesamtgesellschaftlich zur Folge hat, dass sich die Konsumgüter und damit auch die Reproduktionskosten der Arbeitskraft im Ganzen verbilligen und ein immer geringer werdender Anteil an der gesellschaftlichen Gesamtarbeitskraft einen immer größeren Output an Gütern zu produzieren imstande ist (Marx 2005, S. 331 – 340).

² Das geht zurück auf die berühmte und folgenschwere Formulierung von Saussure, der zufolge jedes Wort ein Signifikant sei, der auf ein Signifikat verweise, wobei das Signifikat kein dem Signifikanten in der Realität korrespondierender Gegenstand, sondern ein weiterer Signifikant ist, also wiederum ein Wort (vgl. Saussure 1931, S. 76 – 82; S. 143 - 146). Wenn der Sprache jedoch keine praktische Realität entsprechen würde, wozu dann überhaupt sprechen?

Die theoretische Unterscheidung zwischen einer Wert- /Mehrwertebene und einer Preis-/Profitebene wäre für Laclau und Mouffe natürlich ein Essentialismus reinsten Wassers. Ohne, dass er wirklich darüber Auskunft gäbe, operiert Marx im *Kapital* durchgehend mit einer impliziten Unterscheidung von Wesen und Erscheinung – immer dann sichtbar, wenn er von „Erscheinungsformen“³ spricht. Das ist natürlich notwendig, da Marx zwischen der Entwicklung einer Gesellschaft in ihrer Totalität und der Art und Weise, wie sie den gesellschaftlichen Akteuren erscheint, unterscheiden muss. So ist etwa die Feststellung, dass die Arbeitskraft in einem gegebenen Zeitraum mehr produzieren könne, als zu ihrer Erhaltung nötig sei, eine Potenz der gesellschaftlichen Gesamtarbeitskraft, nicht die einer individuellen, die als solche eine bloße Abstraktion ist (vgl. Kurz 2012, S. 167 - 191). Der Mehrwert ist das Mehr an neugeschaffenem Reichtum, um den die Einzelkapitale im Geld, als Wertausdruck, konkurrieren. Ohne die Unterscheidung zwischen Gesamtebene und einzelner Ebene wäre auch überhaupt nicht erklärbar, warum der Kapitalismus immer wieder in ökonomische Krisen mit katastrophalem Ausmaß gerät, die sich von den Intentionen der Beteiligten unabhängig geltend machen und deren Ursachen ihnen zumeist auch noch undurchsichtig bleiben. Diese objektiven Tendenzen bleiben unbegreiflich, wenn man Gesellschaft als ein hegemoniales Projekt von Akteuren im Sinne eines politischen Voluntarismus versteht. Die Unterscheidung von Wesen und Erscheinung ist daher schon völlig verfehlt aufgefasst, wenn man sie unter eine Vorstellung von Essentialismus subsumiert, bei der das Wesen eine in sich sinnvolle Teleologie enthalte. Vielmehr geht es darum, dem Umstand Rechnung zu tragen, dass sich unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen die gesellschaftlichen Mechanismen gegenüber den Beteiligten verselbstständigen und sich ihrer Kontrolle entziehen. Marx kritisierte diese Objektivierung gesellschaftlicher Beziehungen als Fetischismus, als ein System von „objektiven Gedankenformen“ (Marx 2005, S. 90), das der realen Praxis der Menschen entspringt und ihren alltäglichen Erfahrungen entspricht. Dies macht die Realität des Ökonomismus aus, die schon bei Marx als Gegenstand der Kritik behandelt wird und nicht etwa naiv verherrlicht wird. Es ist die Ökonomisierung der Produktion und der zwischenmenschlichen Beziehungen,

³ Schon im ersten Satz des Kapitals stellt Marx fest, dass der „Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht“, als eine „ungeheure Warensammlung“ „erscheint“ (Marx 2005, S. 49 Hervorhebung A.K.). Hier wird also der stoffliche Reichtum als solcher auf einer wesentlichen und allgemeinen Ebene vorausgesetzt, der unter spezifischen gesellschaftlichen Bedingungen eine spezifische *Form* annimmt. Ein konkreter Begriff unterscheidet sich von einem abstrakten dadurch, dass er in sich selbst die logische Spezifikation enthält und erzwingt, sodass durch deren Explikation das Wesen einer besonderen Sache als Zusammenhang ausgedrückt wird, während der abstrakte Begriff entweder derart allgemein ist, dass alles unter ihn subsumiert werden kann und er in gewisser Weise tautologisch mit dem unter ihn Subsumierten zusammenfällt, oder er isoliert die Momente eines Zusammenhanges voneinander und verdeckt ihn damit (vgl. Hegel 1986, S. 273 – 301; vgl. Adorno 2003, S. 198).

die *reelle Subsumtion* aller Belange des Lebens unter die Maßgaben kapitalistischer Verwertung, die mit der Kritik der politischen Ökonomie ins Kreuzfeuer geraten.

Ein anderes Problem, das Laclau und Mouffe innerhalb ihrer begrifflichen Konzeptualisierung nicht mehr zu thematisieren imstande sind, ist, warum die Sphäre der Produktion in kapitalistischen Gesellschaften, obwohl sie eine Sphäre ist, in der Herrschaft ausgeübt wird, als eine unpolitische Sphäre *erscheint*. Dies ist nämlich eine weitere Eigentümlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise, die nur mittels gesellschaftstheoretischer Begriffe entwickelt werden kann. Der private Charakter der Produktion ist notwendig mit der Wertgegenständlichkeit der Arbeitsprodukte, ihrer Warenförmigkeit, verknüpft. Nur unter der Bedingung privater Verfügung über die Produktion des gesamtgesellschaftlichen Reichtums, wenn die zur Produktion nötigen Mittel sowie die Produkte, juristisch gesprochen, das Privateigentum der Produktionsmittelbesitzer bilden, können die Produkte als Waren gegen Geld veräußert werden. Nur dann können die Einzelkapitale um den Profit als dem jeweiligen Anteil an der gesamtgesellschaftlichen Mehrwertmasse konkurrieren, denn dieser ist ja nichts anderes als der über den Warenabsatz erbrachte Zugewinn. In diesem Zusammenhang nehmen dann auch die Beziehungen zwischen den Kapitaleignern wie auch die Beziehungen zwischen dem Kapitaleigner und dem Geldbesitzer als zahlungskräftigem Konsumenten die Form juristischer Beziehungen an: Jede monetäre Transaktion ist ein Vertragsgeschäft und die Vertragspartner anerkennen sich im Tausch als gleichberechtigte Privatpersonen. Daher besteht der gesellschaftliche Charakter der kapitalistischen Produktionsverhältnisse gerade darin, dass die gesellschaftlichen Beziehungen die Form privater, juristisch-ökonomischer Beziehungen annehmen (vgl. Paschukanis 2003, S. 113f.). Das betrifft nicht zuletzt auch die Arbeitsverhältnisse: Die Warenförmigkeit der Arbeitskraft ist keine „Fiktion“ von ökonomischen Theoretikern, sondern eine handfeste gesellschaftliche Realität. Jeder, der schon mal einen Arbeitsvertrag durchlesen musste, wird darin finden, dass in eine zeitlich begrenzte Leistungserbringung eingewilligt wird, die durch einen Lohn vergütet wird und in freiwilliger Vereinbarung geschieht, d.h. von beiden Parteien aufkündbar ist. Zwar kann die Arbeitskraft nicht, wie die anderen Waren endgültig veräußert werden, doch ist ihre begrenzte Veräußerung in Analogie zu jeder anderen Veräußerung von Privateigentum nach dem Privatrecht geregelt. Dass sich dahinter reale Zwänge verbergen, neben dem Umstand, dass die Arbeiter während der Arbeit zumeist heteronomen Mechanismen unterworfen sind, der ganz simple Sachverhalt, dass man ohne Arbeit sich selbst nicht erhalten kann, ist der unausgesprochene Bestandteil dieser Einwilligung, rüttelt jedoch nicht an der Realität des Arbeitsvertrags. Wie jede andere Ware in kapitalistischen Gesellschaften, besitzt die Ware

Arbeitskraft einen Tauschwert und einen Gebrauchswert und wie bei jeder anderen Ware ist die Konsumtion des Gebrauchswerts zumeist Gewalt gegen die Sache: Verschleiß, Verzehrerung, Zerstörung. Dass die Konsumtion der Arbeitskraft im Kapitalismus unmittelbar auch Herrschaft ist und bisweilen mit aller Rücksichtslosigkeit vor sich gehen kann, ändert nichts daran, dass die Arbeit einen Tauschwert besitzt, d.h. die Warenform annimmt.

Die Theorie hätte vielmehr zu klären, warum Herrschaft in kapitalistischen Gesellschaften die reale Form legaler und auf Freiwilligkeit beruhender Beziehungen annimmt, warum der essentiell politisch-öffentliche Sachverhalt der gesamtgesellschaftlichen Produktion zu einem nicht-öffentlichen Gegenstand transformiert werden konnte (vgl. Kluge/Negt 1973, S. 17 – 101). Dass diese Verhältnisse auf *politischem* Wege etabliert worden sind und ihren an sich politischen Charakter nicht abstreifen können, das zeigen vor allem die historische Gewalttätigkeit,⁴ mit der die kapitalistischen Produktionsverhältnisse durch Vertreibung, Enteignung, Kolonialismus und „Blutgesetzgebung“ (Marx 2005, S. 761 – 770) etabliert worden sind sowie die sozialen Konflikte, die zwischen den Gesellschaftsklassen, den Geschlechtern und den Ethnien immer aufs Neue hervorgebracht werden. Immer dann offenbart sich aber auch die wesentliche Funktion der zentralisierten Staatsgewalt, nämlich die kapitalistischen Produktionsverhältnisse durchzusetzen, deren Konflikte und Krisen zu regulieren, sie also in letzter Instanz aufrechtzuerhalten (Agnoli 1995, S. 52 – 82): Der Staat ist ein Teil der gesamtgesellschaftlichen „Reproduktion der Produktionsbedingungen“ (Althusser 2016, S. 37f.). In diesem Sinne besteht gerade seine politische Funktion unter anderem auch darin, die privaten, d.h. die entpolitisierten Rechtsgarantien zu gewährleisten und notfalls zu erzwingen. Nur unter diesem konkreten reproduktionstheoretischen Gesichtspunkt ist der unter Postmarxisten beliebten These zuzustimmen, dass das politische Projekt des Liberalismus darin bestünde, die Gesellschaft zu entpolitisieren, indem Politik auf juristische Prozesse reduziert wird. Dieser paradoxe Sachverhalt, und vor allem auch seine Stabilität, werden jedoch nur erklärlich, wenn man die Eigenlogik der gesellschaftlichen Verhältnisse begriffen hat, die die Menschen durch ihre realen Handlungen reproduzieren – ganz gleich, was sie sich im Einzelnen dabei denken.

Das ist jedoch genau die Perspektive, die Laclau und Mouffe zerstören wollen, um an deren Stelle die Analyse „diskursiver Formationen“ zu setzen. Vor diesem Hintergrund wird es

⁴ Wie Heide Gerstenberger gezeigt hat, eignet sich der Kapitalismus – wann immer er die Möglichkeit dazu besitzt – auch direkt unfreie Arbeit an. Die Legalisierung der Arbeitsverhältnisse ist daher selber als eine politisch erkämpfte Errungenschaft zu betrachten (Gerstenberger 2017, S. 121ff.). Auf der anderen Seite ist ein auf Massenkonsumtion ausgerichteter Kapitalismus auf die Freiheit und Selbstständigkeit der Arbeitskräfte als Konsumenten strukturell angewiesen, weswegen die persönliche Freiheit zumindest als objektive Tendenz in der Entfaltung des Kapitals enthalten ist.

unmöglich, den Kapitalismus vorwiegend als ein System „anonymer Herrschaft“ (vgl. Elbe 2015, S. 8ff. u. S. 360 – 378) zu begreifen. Es ist das dem Kapitalismus eigentümliche politische Problem, dass in ihm Herrschaft die Form ökonomischer Sachzwänge annimmt, in dem die Klassen im Allgemeinen selber bloß die „Personifikation ökonomischer Kategorien“ (Marx 2005, S. 16) bilden. Durch die praktisch-ökonomische Realität ist den Gliedern der Gesellschaft die Form ihrer Subjektivität prädeterniniert, ganz gleich, welchen spezifisch ideologisch-symbolischen Inhalt die Gedanken der Subjekte sonst noch annehmen können: Ihre Gedanken und Intentionen bleiben vermittelt durch die objektiven fetischistischen Formen ihrer Praxis.⁵ Bei Laclau und Mouffe ist es dagegen ein reines Lippenbekenntnis, dass in einer diskursiven Formation die materielle und die symbolische Ordnung in einer zusammenhängenden Einheit der politischen Artikulation gedacht werden könne. Das bestätigt sich dann auch in solchen Formulierungen wie: der Marxismus habe Zuflucht zur der Fiktion der Ware Arbeitskraft nehmen müssen, so als ob diese nicht eine wirkliche Realität, sondern ein rhetorischer Trick sei, um Wählerstimmen zu gewinnen. Sie müssen so denken, weil für sie Theorie gar nichts anderes als Politik und zwar im Sinne von Rhetorik ist. Darum unterscheiden Laclau und Mouffe in ihrem Buch auch immer zwischen den Ebenen einer logischen Denkfigur als rhetorischer Möglichkeitsbedingung einerseits und dem konkreten Argument andererseits, niemals aber zwischen einem wissenschaftlichen Urteil und seinem realen Erkenntniswert. Als ein Geflecht konfligierender Rhetoriken können die Diskurse – so sehr darauf beharrt wird, dass es um „Formationen“ ginge – insgeheim auch auf nichts anderem fußen als auf den *Entscheidungen* der jeweiligen Akteure (weswegen Laclau und Mouffe in ihren späteren Arbeiten ganz folgerichtig bei Carl Schmitt gelandet sind). Das macht auch verständlich, warum bei ihrer Zurückweisung des ersten Arguments des essentialistischen Ökonomismus die selbstzweckhaften Mechanismen der Profitmaximierung und der Konkurrenz gar nicht in Betracht kommen, obwohl diese doch für Marx die Produktivkraftentwicklung maßgeblich beeinflussen und die mehr als alles andere so offenkundig die allgegenwärtige Realität des Ökonomismus in unserer alltäglichen Erfahrung bezeugen. Sie thematisieren dagegen die Produktivkräfte ausschließlich in Beziehung zur politisch-privilegierten Rolle des Proletariats, die sie zurückweisen, und dies macht auch den Zweck der anderen beiden Argumente aus.

⁵ Wie Hartwig Schuck (2014) gezeigt hat, kann es sehr wohl objektive Interessen geben – allerdings nicht in dem Sinne, dass die Objektivität die Realisierung eines geschichtsphilosophischen Prinzips beinhalte, sondern als „positionelle Interessen“, die aus der objektiven Position innerhalb der gesellschaftlichen Verhältnisse herrühren. Davon unterschieden sind dann noch die subjektiven und die ethischen Interessen, die aus den psychologischen und ideologischen Eigenleistungen herrühren.

Das zweite und das dritte Argument gegen den essentialistischen Ökonomismus hängen eng miteinander zusammen und dieser Zusammenhang offenbart den rein politischen Charakter ihrer Zurückweisung. Zunächst bestreiten Laclau und Mouffe, dass die Fortentwicklung der kapitalistischen Arbeitsverhältnisse, entgegen der Annahme des Marxismus, nicht zu einer Homogenisierung des Proletariats geführt habe. Vielmehr sei eine allseitige Fragmentierung innerhalb der arbeitenden Bevölkerung zu verzeichnen: „während die Lohnform im entwickelten Kapitalismus verallgemeinert wurde, hat die Klasse der Industriearbeiter an Zahl und Bedeutung abgenommen“ (Laclau/Mouffe 2012, S. 119). Weder könne von einer allgemeinen Verelendung, noch von einer allgemeinen Nivellierung der im Arbeitsprozess angewandten Kenntnisse und Fertigkeiten, noch von allen Arbeitenden übergreifenden gemeinsamen ökonomischen und politischen Interessen die Rede sein. Im Gegenteil zeigen Laclau und Mouffe, unter Berufung auf verschiedene soziologische Untersuchungen, dass die zeitgenössische Tendenz auf eine „Polarisierung zwischen zwei Sektoren der Ökonomie“ zutriebe: „einem gut bezahlten und geschützten allgemeinen sowie einen peripheren Bereich von unqualifizierten oder angelernten Arbeitern“ (Laclau/Mouffe 2012, S. 119f.). Dazu parallel laufen die Tendenzen eines stetig wachsenden dritten Bereichs von „strukturell Arbeitslosen“ und der ständigen Ausdifferenzierung von Berufsfeldern, die „neue berufliche Fertigkeiten“ erfordern und erzeugen (Laclau/Mouffe 2012, S. 120). Diese die Klassenpositionen sowie die Arbeitsqualifikationen fragmentierende Entwicklung führe eher dazu, dass die Interessen der Arbeitenden heterogen werden und auch untereinander in Konflikt stehen. Zu dem kommt noch hinzu, dass „Frauen und Immigranten [...] generell auf dem ungeschützten Markt situiert sind“ (Laclau/Mouffe 2012, S. 120), sodass die Konfliktlinien innerhalb der Arbeiterklasse auch von rassistischen und sexistischen Linien durchzogen sind, die zum Teil auch durch die Politik der Gewerkschaften verstärkt würden. All dies widerspreche der These von der wachsenden Homogenisierung des Proletariats, die angeblich durch die ökonomische Entwicklung determiniert sei:

Die Spaltungen innerhalb der Arbeiterklasse sind deshalb viel tiefer verwurzelt, als viele wahrhaben wollen; und sie sind bis zu einem gewissen Grade das Ergebnis der Praxen der Arbeiter selber. Es sind politische und nicht lediglich ökonomische Spaltungen. (Laclau/Mouffe 2012, S. 120)

Diese Fragmentierung einmal anerkannt, ist für Laclau und Mouffe auch selbstverständlich offenbar, dass aus ihr keine „logischen“ oder „historischen“ (Laclau/Mouffe 2012, S. 121)

Interessen der Arbeiterklasse am Sozialismus resultieren können. Darin kulminiert ihr drittes Gegenargument. Schließlich könne man an einem objektiven Interesse am Sozialismus nur aus politischen Gründen, nicht aus theoretischen festhalten. Sie beziehen sich hiermit auf marxistische Debatten, die es nach 1968 um das mögliche Subjekt der Emanzipation gegeben hat. Genannt werden Erik Olin Wright, Nicos Poulantzas und Herbert Marcuse. Alle drei akzeptierten das Faktum der Fragmentierung, versuchten es aber auf je verschiedene Weise mit der politischen Voraussetzung, dass es ein privilegiertes Subjekt geben müsse, zu vermitteln. Poulantzas unterteile die Arbeiterklasse in produktive, d.h. wohl mehrwertschaffende, und unproduktive Agenten, wobei die letzteren eher ein „neues Kleinbürgertum“ bildeten und nur den ersteren noch ein objektives Interesse an einer radikalen Veränderung zugesprochen werden könne (Laclau/Mouffe 2012, S. 121). Wright unterscheide dagegen zwischen „zweideutigen“ und „unzweideutigen Klassenpositionen“ (zit. n. Laclau/Mouffe 2012, S. 121). Letztere seien gewissermaßen die klassischen Interessen von Bourgeoisie, Proletariat und Kleinbürgertum, erstere die Interessen, die zwischen diesen Positionen lägen und dadurch widersprüchlich seien, was allerdings nicht mit der Produktivität oder Unproduktivität der Tätigkeit zusammenhänge, sondern mit einer durch die Klassenlage der Akteure bedingten ideologischen und politischen Konfusion. In einem späteren Abschnitt findet auch noch Marcuses Ansatz Erwähnung, wonach nicht die in das System integrierte Arbeiterklasse, sondern gerade die Gruppen der Peripherie – all diejenigen, die keine Position in der Gesellschaft finden können – das revolutionäre Subjekt bildeten. Dieses Argument folge allerdings derselben essentialistischen Logik, nur dass die Randgruppen als „revolutionärer Ersatz“ (Laclau/Mouffe 2012, S. 125) für das ursprüngliche Subjekt dienten.

Das Problem, das Laclau und Mouffe an all diesen Ansätzen sehen, ist, dass diese sich alle innerhalb der Theorie auf einer „Diogenes-ähnlichen Suche nach der ‚wahren‘ Arbeiterklasse“ befänden; der Grund hierfür sei „natürlich politisch“ (Laclau/Mouffe 2012, S. 121). Weil sie das Proletariat für das privilegierte Subjekt halten, müssen sie an dem Begriff des objektiven Interesses wider alle Realität festhalten, obgleich ihm „jedwede theoretische Basis fehlt und [...]er kaum mehr als eine willkürliche Zuschreibung von Interessen zu einer bestimmten Kategorie sozialer Agenten durch den Analytiker beinhaltet“ (Laclau/Mouffe 2012, S. 121). Die Behauptung, dass die ökonomische Entwicklung notwendig auf die politische Homogenität des Proletariats und damit zum Sozialismus dränge, verkehrt sich in der Debatte von Wright, Poulantzas etc. Der entgegenlaufende Trend der ökonomischen und ideologischen Fragmentierung muss dem politischen Ziel, an dem sie festhalten, entsprechend

umgedeutet und umgewertet werden. Für ein solches Unterfangen haben Laclau und Mouffe, nachdem sie alle drei Argumente widerlegt haben, nur eine Antwort parat: „Die Suche nach der ‚wahren‘ Arbeiterklasse und ihren Grenzen ist ein falsches Problem, und als solches fehlt ihm jede theoretische und politische Relevanz.“ (Laclau/Mouffe 2012, S. 122)

Ihrer Kritik an all diesen um das politische Subjekt zentrierten Ansätzen wäre unbedingt zuzustimmen sowie auch ihrer in diesem Zusammenhang aufgestellten Forderung „die Pluralität der verschiedenen und häufig sich widersprechenden Positionen zu analysieren und die Idee von einem vollkommen einheitlichen und homogenen Agenten wie der ‚Arbeiterklasse‘ des klassischen Diskurses aufzugeben“ (Laclau/Mouffe 2012, S. 122). Sie fordern hier eigentlich zunächst eingehendere empirische und theoretische Analysen, aber diese Forderung wird von Laclau und Mouffe nie eingelöst. Im Anschluss an das „Ökonomie-Kapitel“ vollzieht sich darum auch etwas ganz anderes: Nicht nur passen sie ihre Idee von politischer Praxis dem Faktum der Fragmentierung der politischen Kämpfe einfach an, sondern sie zerstören die theoretische Ebene, die eine solche Analyse ermöglicht, und setzen an deren Stelle eine allgemeine Theorie des Politischen. Die wirkliche Absicht ihres Unterfangens offenbaren sie gleich zu Anfang des „Hegemonie-Kapitels“: „Um uns im Feld der Artikulation zu verankern, müssen wir damit beginnen, auf die Konzeption der ‚Gesellschaft‘ als fundierende Totalität ihrer Teilprozesse zu verzichten“ (Laclau / Mouffe 2012, S. 130). In dem Kapitel davor ging es darum zu zeigen, dass aus den Eigentümlichkeiten der kapitalistischen Produktionsverhältnisse kein privilegiertes politisches Subjekt hergeleitet werden könne. Diese Erkenntnis scheint für Laclau und Mouffe jedoch auf etwas sehr viel Prinzipielleres zu verweisen: Es gebe nämlich „keinen ‚der Gesellschaft‘ eigentümlichen Raum, weil das Soziale kein Wesen hat“ (Laclau/Mouffe 2012, 130).

Hier wird jedoch die Erkenntnis der spezifischen Art und Weise, in der der Kapitalismus organisiert ist, gleichgesetzt mit der Annahme, aus dieser Spezifität könnten Prognosen über die politische Praxis abgeleitet werden. Das liegt nicht zuletzt an dem bereits erwähnten Problem, dass für Laclau und Mouffe der Begriff des Wesens offenbar mit einer normativen Teleologie verknüpft ist. Mit dieser normativen Teleologie wird nun aber rückwirkend jegliche Eigentümlichkeit und konkrete Bestimmung erledigt, was widersinnig ist, da z.B. der Terminus der *Produktionsweise* in sich selbst die Notwendigkeit der begrifflichen Spezifizierung trägt – es geht also immer um eine bestimmte Produktionsweise –, ohne dass darin unmittelbar normativ-teleologische Urteile enthalten sein müssten. Diesen Widersinn können sie folglich auch nur auflösen, indem sie die gesellschaftstheoretischen Begriffe

schlichtweg in die Tonne treten. Die Schlüsse, die Laclau und Mouffe aus ihrer Kritik am klassischen Marxismus ziehen, sind erstaunlich: Weil der Marxismus die Gesellschaft mit politischer Absicht analysierte, zeigt sich, dass jede Theorie politische Absichten hat; weil jede Theorie politische Absichten hat, muss sie ihren Anspruch fallen lassen, überhaupt objektive Zusammenhänge erkennen zu können; weil Theorie, wie alles Soziale, Politik ist, brauchen wir eine Theorie der Hegemonie und des Politischen. Die an sich richtige Erkenntnis, dass der klassische Marxismus Gesellschaft tendenziell unter dem Gesichtspunkt der sozialistischen Strategie thematisierte und dabei oftmals bloß die jeweilige politische Praxis zu rechtfertigen versuchte, wird nicht dazu genutzt, die Trennung von Theorie und politischer Strategie zu fordern, sondern um die politische Strategie *an sich*, vor dem Hintergrund der Unmöglichkeit von Gesellschaft, zu thematisieren.

Auf den begrifflichen Zusammenhang des Politischen konzentrieren sich dann Laclau und Mouffe im Fortgang ihres Buches, der hier im Einzelnen nicht mehr verfolgt werden kann. Im Wesentlichen ist ihre Politologie geprägt von einem theoretischen Rahmenwechsel. Gewechselt wird von der Ebene der materiellen Verhältnisse auf die Ebenen der „symbolischen Ordnung“, des Diskurses und der Sprache. Obwohl der im Strukturalismus populäre Begriff der symbolischen Ordnung von Laclau und Mouffe explizit von Althusser's Theorie der gesellschaftlichen Reproduktion⁶ entkoppelt wird (Laclau/Mouffe 2012, S. 132 – 141), soll in ihr die Einheit von materieller und diskursiver Ordnung noch enthalten sein. Sie wehren sich vorab gegen den Einwand des Idealismus. Erkenntnistheoretisch liest sich das dann folgendermaßen:

Die Tatsache, daß jedes Objekt als Objekt des Diskurses konstituiert ist, hat *überhaupt nichts zu tun* mit dem Gegensatz von Realismus und Idealismus oder damit, ob es eine Welt außerhalb unseres Denkens gibt. Ein Erdbeben oder der Fall eines Ziegelsteins sind Ergebnisse, die zweifellos in dem Sinne existieren, daß sie hier und jetzt unabhängig von meinem Willen stattfinden. Ob aber ihre gegenständliche Spezifik in der Form von ‚natürlichen Phänomenen‘ oder als ‚Zornesäußerung Gottes‘ konstruiert wird, hängt von der Strukturierung des diskursiven Feldes ab. Nicht die Existenz von Gegenständen außerhalb

⁶ Obwohl schon Althusser's Ideologiebegriff zum Positivismus tendiert und zutiefst problematisch ist, ist bei ihm die Ideologie immerhin noch an eine Reihe von Institutionen geknüpft, die zur Reproduktion der kapitalistischen Verhältnisse sowie ihrer Arbeitskräfte absolut notwendig sind: die repressiven und ideologischen Staatsapparate. Die Ideologie kann dementsprechend nur als das „imaginäre Verhältnis der Individuen zu ihren realen Existenzbedingungen“ (Althusser 2016, S. 75) sein. Die Ideologie ist die Reproduktion der Gesellschaft auf der Ebene der geistigen Aktivität der Menschen, durch die sie ihre eigenen Praktiken und damit die Verhältnisse als sinnvolle deuten oder deuten sollen. Die Originalität von Althusser's Ansatz besteht aber gerade darin gezeigt zu haben, dass diese ideologischen Leistungen aufs Engste mit den Institutionen des Staates und der Familie zusammenhängen – gerade das machen Laclau und Mouffe mit ihrem symbolischen Reduktionismus zunichte.

unseres Denkens wird bestritten, sondern die ganz andere Behauptung, daß sie sich außerhalb jeder diskursiven Bedingung des Auftauchens als Gegenstände konstituieren könnten. (Laclau/Mouffe 2012, S. 144f. Hervorh. im Original)

Solche Aussagen lassen die geringschätzigste Art, mit der die menschliche Fähigkeit, denken und damit die Wirklichkeit erkennen zu können, behandelt wird, offen zu Tage treten. Der stumpfe Aberglaube steht mit einer rationalen Erkenntnis als Teil eines jeweiligen Diskurses auf der gleichen Stufe, eigentlich gleich weit weg von dem Faktum der Katastrophe. Wider alle Beteuerung ist eine solche Aussage Idealismus, da die materielle Realität in Abhängigkeit von dem Diskurs, der sie deutet, gedacht wird. Es gibt also ganz klar einen Primat. Daneben wird vorab die Möglichkeit geleugnet, dass es Aussagen gibt, die die gesellschaftliche Realität adäquat begreifen können und solche, die – in der marxistischen Terminologie gesprochen – schlichtweg ideologisch zu nennen sind. Ganz im Gegenteil werden durch diese erkenntnistheoretischen Voraussetzungen die verschiedenen Diskurse in eine bloße Relativität zueinander gesetzt. Dass die relativen Positionen dann als Antagonismen (Laclau/Mouffe 2012, S. 161 – 167) verstanden werden, trägt zu der Sache nichts mehr bei.

Nur durch eine materialistische Theorie der gesellschaftlichen Praxis wäre nachvollziehbar, was die verschiedenen Diskurse in ihrem inneren Zusammenhang bestimmt. Dann würde sich zeigen, was Laclau und Mouffe am allerwenigsten wahrhaben wollen, dass nämlich die vielfältigen und spontanen politischen Kämpfe in der Moderne vor allem Kämpfe um die Art und Weise der gesamtgesellschaftlichen Reproduktion, um die Art und Weise ihrer politischen Verwaltung und der Verteilung des Reichtums, sowie um die gleichberechtigte Integration in diese Reproduktion, d.h. Kämpfe um Rechtsansprüche sind; es würde sich zeigen, dass diese Kämpfe an der wesentlichen Verfasstheit dieser Gesellschaft, sowie an den Formen ihrer strukturellen Fremdbestimmungen nicht rütteln, so lange sich in der Art und Weise, wie der gesamtgesellschaftliche Reichtum produziert und organisiert wird, die geschlechtliche Arbeitsteilung miteinbegriffen, nichts Grundsätzliches ändert. Der Begriff der Hegemonie setzt diese gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen einfach voraus. Nicht anders hatte ihn Antonio Gramsci ursprünglich in Beziehung zur Zivilgesellschaft als dem Zusammenhang von öffentlichen und kulturellen Institutionen in kapitalistischen Gesellschaften, die parlamentarisch regiert werden, konzipiert. Bei Laclau und Mouffe wird der Hegemoniebegriff nun von dieser materialen Voraussetzung entkoppelt und formalisiert als Form der antagonistischen Kämpfe als solchen, ohne dass man diese noch theoretisch werten könne. Allerdings zeigt sich im Verlauf ihrer Diskussion, dass dieser Begriff – wie

jeder Begriff – ohne materiale Bestimmung und Konkretion nicht auskommen kann, weswegen sich wie durch Zauberhand am Ende die parlamentarische Demokratie als die beste Form der radikalen Demokratie auszeichnet. In ihren späteren Schriften wird das Hegemoniekonzept noch angereichert durch die Verlaufsformen des Populismus und des Nationalismus, ohne den das Politische angeblich nicht auskomme (Nonhoff 2010, S. 38 – 47). Damit offenbart sich dann endgültig der ganz gewöhnliche Konformismus dieser sich radikal gebärenden politischen Philosophie mit der Art und Weise, in der in kapitalistischen Nationalstaaten Politik betrieben wird.

Anstatt die Heterogenität und Fragmentierung der zeitgenössischen Konflikte einfach zu konstatieren und mithilfe politischer Allgemeinheiten zu legitimieren, hätte Theorie die Aufgabe, das Zustandekommen dieser Kämpfe zu analysieren und zu beurteilen und damit auch zu unterscheiden, inwiefern diese Kämpfe ideologisch sind und inwiefern nicht. Zwischen Ideologie und Nicht-Ideologie kann natürlich eine Auffassung, für die alles Politische und Kulturelle gleichermaßen Teil einer „symbolischen Ordnung“ ist, gar nicht mehr sinnvoll unterscheiden. Dabei kann sich nur anhand solcher Bewertung erweisen, ob ein politischer Kampf tatsächlich auf Emanzipation und Freiheit drängt oder ob Akteure unter dem Schein einer neuen und sinnvollen Ordnung ihre eigene Unterdrückung affirmieren. Dass sich viele Kämpfe unter den Bedingungen der Heteronomie mitunter notwendig ideologisch verstricken, ist ein weiteres *Problem*, und sollte theoretisch nicht seine Rechtfertigung, sondern seine Kritik finden. Eine solche Beurteilung wäre für Laclau und Mouffe selbstverständlich avantgardistisch, rationalistisch und intellektualistisch. Die Möglichkeit theoretischer Weitsicht und einer sinnvollen Angabe von Kriterien, die stur an der Idee einer Welt ohne Herrschaft festhält, wird verwechselt mit dem leninistischen Dogma, dass Theorie unmittelbar Politik sein müsse – ein Dogma, das Laclau und Mouffe letzten Endes teilen, indem sie ihre Politische Theorie auf die postmodernen Verhältnisse passgenau zuschneiden. Am klassischen Marxismus wird nicht die Gängelung der Theorie durch politische Tagesfragen erledigt, an die wird im Gegenteil voll und ganz angeknüpft, sondern die gesellschaftstheoretische Kritik solcher Politik. Darum trägt ihr Buch im englischen Original auch die sozialistische Strategie im Titel, allerdings bleibt fraglich wie man ohne Analyse der gegenwärtigen Verhältnisse sinnvoll angeben könnte, worin ein freiheitlicher Sozialismus bestände, weswegen in den späteren Schriften von Laclau und Mouffe der Sozialismus dann auch gestrichen wird und lediglich die total formalisierte Analyse von politischen Strategien übrigbleibt.

Allein dies ist im Übrigen auch der Grund, weswegen es bei Marx und Engels tatsächlich einen Optimismus bezüglich der Produktivkräfte gegeben hat, der dann bei vielen Marxisten zu einem regelrechten Produktivkraftfetischismus ausartete. Die Möglichkeit einer Gesellschaft, die frei von Herrschaft ist, war bei Marx und Engels ohne Zweifel an ihre Fähigkeit geknüpft, die Zeit und den Aufwand, der zur Produktion der lebensnotwendigen Güter benötigt wird, drastisch zu senken, damit sich der Horizont universeller und radikaler Bedürfnisse öffnen könne. Auf der Basis des vollentwickelten materiellen Reichtums sollte sich der Reichtum der menschlichen Beziehungen entfalten, als der höchsten Form des Reichtums. Dass eine solche Gesellschaft für Marx nicht anders als politisch etabliert werden könnte, über die Schaffung vernünftiger politischer Institutionen und Verfahren, die die Produktion aber miteinschließen, kann aber ebenso wenig bezweifelt werden. Man kann angesichts der gegenwärtigen Lage mit gutem Recht bestreiten, dass die Entwicklung der Produktivkräfte die gesellschaftlichen Individuen quasi automatisch zu einer sozialistischen Assoziation drängen werden, doch damit ist noch nicht das Gegenteil bewiesen. Viel wichtiger ist jedoch, dass Marx und Engels auf der Grundlage ihrer gesellschaftstheoretischen Einsichten überhaupt eine Reihe von sinnvollen Kriterien für eine universelle Emanzipation und politische Freiheit entwickeln konnten. Vielleicht wäre Marx' Prophezeiung aus dem 24. Kapitel des *Kapitals*, dass auf einer bestimmten Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung die Enteigner notwendig enteignet werden müssen (Marx 2005, S. 791), besser verstanden, wenn man sagte, dass die Enteigner enteignet werden *müssten*, wenn sich freiheitliche Verhältnisse herstellen sollen. Die revolutionäre Politik wird dabei aufgefasst als *Aneignung* gesellschaftlicher Mittel durch diejenigen, die sich durch ihre bloße Existenz als getrennt vom gesellschaftlichen Gesamtprozess erfahren und in diesen nur als fremde Lohnarbeiter und isolierte Absatznehmer eingehen. Eine Aneignung, die von keiner Partei und von keinem Staat stellvertretend vorgenommen werden kann, wenn sie ihre emanzipatorische Dimension beibehalten will. Schon aus diesem Grunde kann die Theorie keine Subjekte der Emanzipation privilegieren, sie kann aber wohl kritisieren, was dieser Dimension zuwiderläuft.

Unter diesem Gesichtspunkt ist auch die materialistische These vom Primat der Ökonomie zu verstehen. Keineswegs ergibt sich für die These das Problem, das Laclau und Mouffe darin erblicken, nämlich dass, „wenn die ‚Ökonomie‘ für jeden Typus von Gesellschaft in letzter Instanz determinierend ist, sie unabhängig von jedem spezifischen Typus von Gesellschaft definiert werden muss“ (Laclau/Mouffe 2012, S. 134 Hervorh. im Original). Das ist ein Problem, das die beiden selbst erfunden haben. Die These vom Primat der Ökonomie will

lediglich sagen, dass jede Gesellschaft die Organisation der materiellen Produktion und Reproduktion geregelt haben muss, also *wie* wird produziert, gewohnt, gegessen, gebärt, erzogen, gelebt, bevor alles Weitere geregelt werden kann. Diese basalen Tätigkeiten müssen als Inhalt des politischen Gemeinwesens vorausgesetzt werden. In allen bisherigen Gesellschaftsformationen waren diese materiellen Beziehungen patriarchal und herrschaftlich organisiert, wobei zwischen der strukturellen und systematischen Herrschaft unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen und den personalen Abhängigkeitsbeziehungen in vorkapitalistischen Gesellschaften zu unterscheiden ist. Es sind, wie schon anzudeuten versucht wurde, gerade die kapitalistischen Verhältnisse selbst, die alle Lebensinteressen dem Diktat ökonomischer – profitabler – Zweckmäßigkeit unterwerfen, indem die Produktion den auf privater Konkurrenz basierten Gesetzmäßigkeiten überlassen wird, und in die der Staat vor allem regulierend und abschöpfend eingreift. Um sich von diesen systematischen Zwängen der zum Selbstzweck gewordenen kapitalistischen Ökonomie zu befreien, müssen jedoch gerade diese irreduziblen materiellen Belange des Lebens grundsätzlich anders geregelt werden. Dem theoretischen Antiökonomismus von Laclau und Mouffe droht dagegen der gesellschaftlich reale Ökonomismus zu entgehen, bzw. wird bei ihnen die Kommodifizierung der Lebensverhältnisse, soweit sie thematisiert wird, noch feierlich als Motor der „Vertiefung“ der „demokratischen Revolution“ (Laclau/Mouffe 2012, S. 202 – 210) verkündet, welche die Kämpfe der Moderne in ihrer politischen Dimension angeblich kennzeichne. Ihr theoretischer Antiökonomismus bestätigt tendenziell dann nur noch die auf diesen stummen praktisch-ökonomischen Voraussetzungen existierenden Formen der zivilgesellschaftlichen Kämpfe, ihre strukturell passiven Formen des öffentlichen Protests, der Akklamation und der Petition, in ihrer integrierten Ohnmacht und in ihrem teilweise äußerst regressiven Charakter.

Von hier aus ist es bis zur endgültigen Abkehr vom Sozialismus und zur Hinwendung zu Carl Schmitt, zur Rechtfertigung von Populismus und Nationalismus nicht mehr weit.⁷ Doch diese Tendenz zeigt sich schon an dem ontologischen Machtbegriff, der die logische Position der gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrer Hegemoniekonzeption als Voraussetzung einnehmen muss. So wehren sie sich in ihrem Vorwort zur deutschen Ausgabe von *Hegemonie und radikaler Demokratie* gegen den Vorwurf, dass ihr Entwurf von dem des liberalen Pluralismus gar nicht groß verschieden sei. Was sie vom Liberalismus unterscheidet, sei

⁷ Die Tendenzen des jungen und noch marxistisch argumentierenden Ernesto Laclau zu Nationalismus und Populismus, den alten Volksfrontstrategien nicht unähnlich, wurden erst kürzlich von Ingo Elbe (2017, S. 54 – 61) deutlich herausgearbeitet. Es gibt im Gesamtwerk Laclaus durchaus eine Kontinuität, die natürlich aus der Gemeinsamkeit des klassischen Marxismus mit der Politologie Laclaus resultiert, Theorie unter dem Gesichtspunkt politischer Strategie zu betreiben.

jedoch, dass bei ihnen „die Frage der Macht und des Antagonismus und ihr unausrottbarer Charakter im Zentrum“ (Laclau/Mouffe 2012, S. 24) ihres Ansatzes stünde:

Die Existenz von Machtverhältnissen und die dringende Notwendigkeit, sie zu transformieren, anzuerkennen, während man auf die Illusion, daß wir uns vollständig von der Macht befreien könnten, verzichtet, genau dies macht die Spezifik des Typs einer radikalen pluralistischen Demokratieauffassung aus, die wir befürworten. (Laclau/Mouffe 2012, S. 25)

An die Stelle konkreter gesellschaftlicher Bestimmungen tritt letztlich eine Metaphysik der Macht, welche das Fundament des hegemonietheoretischen „Postfundamentalismus“ (vgl. Marchart 2010, S. 13 - 84) bildet. Die Macht scheint hierbei ein schlichtweg ontologisches Faktum darzustellen, dem die Theorie Rechnung zu tragen habe. Sie ist die ominöse Gewalt, die im Spiel der Kräfte zwischen Antagonismus und Objektivität, zwischen Äquivalenz und Differenz *wirkt* und sich „auf pragmatische Art und Weise“ zu gründen versucht (vgl. Laclau/Mouffe 2012, S. 184).

Hier offenbart sich eine Denkweise, die die Moderne seit ihrer Durchsetzungsgeschichte begleitet und die in der Postmoderne schließlich allgemein geworden ist. Seit Max Stirners *Der Einzige und sein Eigentum* über Nietzsche und Heidegger, gibt es eine scheinradikale Strömung innerhalb der bürgerlichen Philosophie, die alle sozialen und kulturellen Zusammenhänge zu einem falschen Schein deklariert und nur die Irreduzibilität der Individuen als Realität anerkennt. Folglich ist nichts real, außer die unmittelbaren Machtverhältnisse zwischen diesen Individuen, alles, was Anspruch auf Allgemeinheit erhebt, selber nur ein Machtanspruch (vgl. Gruber/Lehnhard 2011, S. 7 - 28). Dieser nominalistische Individualismus hat seine gesellschaftlichen Grundlagen natürlich in den Formen der Subjektivierung und Individuation unter den modernen kapitalistischen Verhältnissen, deren Tendenz es ist, alle Beziehungsformen aufzulösen und „kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch“ übrigzulassen „als das nackte Interesse“ (Marx/Engels 1989, S. 14). Die Realität seiner Grundlage macht den Nominalismus selbst jedoch nicht weniger ideologisch. In ihm wird bloß die eigene Existenzweise nicht als Lebensgefühl, sondern als das Leben selbst verallgemeinert. Dieser Ontologie der Macht entsprechend kann dann die gesellschaftliche Heteronomie nur noch auf der Ebene von Individuen und ihren Gruppierungen lokalisiert, nicht mehr aber als gesellschaftliche Objektivität begriffen werden, bzw. kann die Objektivität nur als eine in den Köpfen der Individuen vorhandene Objektivität thematisiert werden. Diesen sozialontologischen Grundannahmen folgend, können Macht und Politik dann nur

noch als psychologische oder anthropologische Sachverhalte wahrgenommen werden. Genau diese beiden Pfade werden Laclau und Mouffe dann in ihren späteren Schriften ablaufen. Während Ernesto Laclau seine politische Theorie unter Hinzunahme von Kategorien aus der Psychoanalyse Lacans weitertreibt (vgl. Laclau 2010, S. 174 – 200), unterfüttert Chantal Mouffe ihren Antiliberalismus mit einer irrationalistischen Anthropologie, die, neben Elias Canetti, ausgerechnet auch direkt auf Freud Bezug nimmt (vgl. Mouffe 2007). Das Resultat, dass Menschen durch die gesellschaftlichen Positionen, die sie einnehmen, Macht über andere haben, wird so zu einem ontologisch Ersten, zu einem irgendwie gearteten Grundbedürfnis des Menschen mystifiziert. Es gibt keine Verhältnisse mehr, sondern nur noch Akteure.

Die Macht als solche war jedoch überhaupt nicht das spezifisch politische Problem, das Marx und der Marxismus ins Auge fassten, sondern vielmehr die *Herrschaft*, als die in den Verhältnissen institutionalisierte Macht, die es erlaubt, sich durch die Aneignung gesellschaftlicher Produkte „fremde Arbeit zu unterjochen“ (vgl. Marx/Engels 1989, S. 41), und der der Kommunismus ein Riegel verschieben sollte. Damit war nicht nur die faktische Verfügung einer gesellschaftlichen Klasse über die Mittel der Produktion oder über die Produkte, die sie nicht selber herstellen, ins Auge gefasst, sondern auch die Fähigkeit dieser Klasse, diese Verfügung mit Gewalt durchsetzen und verteidigen zu können. Als solche bildete die Kritik der Herrschaft das Zentrum der Kritik der „Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft“ (Marx 1971, S. 9) und ihrer jeweils verschiedenen Ausprägungen in den bisherigen ökonomischen Gesellschaftsformationen. Das ist etwas ganz anderes als der abstrakte Machtbegriff, unter den alles Mögliche fallen kann, was zwischen Menschen so passiert. Der Begriff der Herrschaft findet bei Laclau und Mouffe wiederum nur insoweit Erwähnung, als er etwas ist, was die Gesellschaft von außen – also bloß theoretisch – thematisiert: „*Herrschaftsverhältnisse*“ seien „die Reihe jener Unterordnungsverhältnisse, die von der Perspektive oder im Urteil eines sozialen Agenten, der außerhalb ihrer steht, als illegitim betrachtet werden“ (Laclau/Mouffe 2012, S. 194 Hervorh. im Original). Sie können mit den realen gesellschaftlichen Antagonismen zusammenfallen oder nicht – vermutlich abhängig davon, ob es sich um ein essentialistisches Herrschaftsverständnis handelt oder nicht. In diesem Zusammenhang wird dann auch der Begriff der Herrschaft folgerichtig erledigt und durch das Begriffspaar Unterordnungsverhältnisse und Unterdrückungsverhältnisse ersetzt, wobei Erstere durch die Konstitution eines Antagonismus in Letztere transformiert werden und erst dann als solche im politischen Kampf offenbar würden. Letztlich können also nur die Akteure selbst wahrnehmen oder entscheiden, ob sie tatsächlich unterdrückt sind oder nicht, ein Gedanke, der sich letztlich zynisch gegenüber all

denjenigen verhält, die unter Unterdrückung leiden, ohne es zu bemerken oder es bemerken zu dürfen. Dennoch ist dieser Gedanke innerhalb ihrer Konzeption nur konsequent, da es ihnen nicht primär darum geht zu verstehen, wie sich Herrschaftsverhältnisse jeweils speziell organisieren, sondern vielmehr darum die Durchhalteparole aufrechtzuerhalten, dass alles stets politisch umkämpft sei und dass es immer so sein werde. Doch nicht, dass sich jederzeit alles ändern kann ist, wäre zu verstehen, sondern vielmehr, warum sich trotz unzähliger Kämpfe und Konflikte im Großen und Ganzen so wenig ändert und wenn, dann oft zum Schlechten.

Ihr Programm läuft letztlich auf eine Destruktion theoretischer Erkenntnis im Namen politischer Praxis hinaus. Sie entfalten einen ganz allgemeinen Begriff des Politischen, der den abstrakten Allgemeinheiten der Metaphysik in nichts nachsteht. Eine Metaphysik allerdings, die sich in ihrem Angriff auf den Marxismus einzig auf die radikal-empiristische Vorannahme berief, dass die realen Machtverhältnisse zwischen den Individuen zu komplex sind, um sie auf den Begriff der Gesellschaft zu bringen. Der postmoderne Antiessentialismus, der es sich immer wieder gutschreibt, mit dem metaphysischen Erbe der Moderne abgerechnet zu haben, offenbart sich vielmehr als die Metaphysik der Postmoderne, durch die sie selber zu ihrem Bewusstsein kommt: Dass das Sinnlose und Vergebliche unendlich so weiter geht. Der Antiökonomismus ist das Bewusstsein einer Welt, in der fast alles zu Ökonomie geworden und als das Allerselbstverständlichste unsichtbar geworden ist. Damit offenbart er zugleich seinen ideologischen Charakter, weil er die gesellschaftliche Grundlage seines Denkens verleugnet, ja bewusst eliminiert, und dadurch zur Reproduktion unfreier Zustände beiträgt.

Literatur:

Adorno, Theodor W. (2003): „Soziologie und empirische Forschung.“ In: *Theodor W. Adorno Gesammelte Schriften*. Bd. 8. Rolf Tiedemann (Hrsg.) Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 196 – 216.

Adorno, Theodor W. (2003): „Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft?“ In: *Theodor W. Adorno Gesammelte Schriften*. Bd. 8. Rolf Tiedemann (Hrsg.) Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 354 – 370.

Agnoli, Johannes (1995): *Der Staat des Kapitals und weitere Schriften zur Kritik der Politik*. Freiburg: Ca-Ira.

Althusser, Louis (2016): „Ideologie und ideologische Staatsapparate.“ In: *Ideologie und ideologische Staatsapparate*. Halbbd. 1. Louis Althusser Gesammelte Schriften. Frieder Otto Wolf (Hrsg.) Hamburg: VSA.

Althusser, Louis (2012): „Über die Reproduktion.“ In: *Ideologie und ideologische Staatsapparate*. Halbbd. 2. Louis Althusser Gesammelte Schriften. Frieder Otto Wolf (Hrsg.) Hamburg: VSA.

- Elbe, Ingo (2015): *Paradigmen anonymer Herrschaft. Politische Philosophie von Hobbes bis Arendt*. Würzburg: Königshausen & Neumann.
- Elbe, Ingo (2017): „Politische Macht, Faschismus und Ideologie. Ernesto Laclaus Auseinandersetzung mit Nicos Poulantzas.“ In: Hetzel, Andreas (Hrsg.): *Radikale Demokratie. Zum Staatsverständnis von Chantal Mouffe und Ernesto Laclau*. Baden-Baden: Nomos.
- Gerstenberger, Heide (2017): *Markt und Gewalt. Die Funktionsweise des historischen Kapitalismus*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Gruber, Alex/Lehnhard, Philipp (2011): „‘Deutsche Ideologie’: Von Stirner zum Poststrukturalismus. Einleitung.“ In: Gruber, Alex / Lehnhard, Philipp (Hrsg.): *Gegenaufklärung. Der postmoderne Beitrag zur Barbarisierung der Gesellschaft*. Freiburg: Ca-Ira, S. 7 – 28.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1986): „Wissenschaft der Logik II.“ In: *Georg Wilhelm Friedrich Hegel Werke*. Bd. 6. Eva Moldenhauer / Karl Markus Michel (Hrsg.) Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Kurz, Robert (2012): *Geld ohne Wert. Grundrisse zu einer Transformation der Kritik der politischen Ökonomie*. Berlin: Horlemann.
- Laclau, Ernesto (2010): *Emanzipation und Differenz*. Wien / Berlin: Turia + Kant.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2012): *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. Wien: Passagen.
- Marchart, Oliver (2010): *Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Marx, Karl (2005): „Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, Buch I: Der Produktionsprozeß des Kapitals.“ In: *Marx-Engels-Werke*. Bd. 23. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V. (Hrsg.) Berlin: Dietz.
- Marx, Karl (1971): „Zur Kritik der politischen Ökonomie.“ In: *Marx-Engels-Werke*. Bd. 13. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.) Berlin: Dietz.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1989): *Manifest der kommunistischen Partei*. Berlin: Dietz.
- Mouffe, Chantal (2007): *Über das Politische: Wider die kosmopolitische Illusion*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Nonhoff, Martin (2010): „Chantal Mouffe und Ernesto Laclau: Konfliktivität und Dynamik des Politischen.“ In: Bröckling, Ulrich / Feustel, Robert: *Das Politische denken. Zeitgenössische Positionen*. Bielefeld: Transcript, S. 33 – 57.
- Paschukanis, Eugen (2003): *Allgemeine Rechtslehre und Marxismus. Versuch einer Kritik der juristischen Grundbegriffe*. Freiburg: Ca-Ira.
- Saussure, Ferdinand de (1931): *Grundfragen der allgemeinen Sprachwissenschaft*. Berlin / Leipzig: De Gruyter.
- Schuck, Hartwig (2014): „Wie objektiv sind Interessen? Facetten und Funktionen des Interessenbegriffs in kritischen Analysen sozialer Verhältnisse.“ In: *Zeitschrift für kritische Sozialtheorie und Philosophie*. Jg. 1, Heft 2. Berlin: De Gruyter, S. 298 – 324.